



Kreis übernahm Bürgerschaft für „Adria“-Gaststätte

Ausgleichsamt weicht in Etagenwohnungen aus — Berufsschule wird aufgelöst

htig. Außer über den Haushalt und den Standort für die Realschule hatte der Kreistag in seiner letzten Sitzung über eine Reihe weiterer Fragen zu befinden. Im Vordergrund stand dabei der Antrag eines Bürgers der Gemeinde Altrip auf Übernahme einer Bürgerschaft in Höhe von 100 000 Mark, die der Landkreis für den Bau einer Gaststätte im Erholungsgebiet „Blaue Adria“ übernehmen soll. Der Kostenvoranschlag für dieses Projekt, das in seiner Größenordnung dem Umfang des dort vor allem während der Sommermonate herrschenden Betriebs gerecht werden soll, beläuft sich auf 400 000 Mark. Der Kreistag gab dem Ansuchen auf Übernahme der Bürgerschaft bei einer Stimmenthaltung auf seiten der CDU und drei Gegenstimmen der FDP statt.

Die FDP-Fraktion begründete ihre ablehnende Haltung mit dem Hinweis, daß sie sich mit dieser Frage noch nicht eingehend genug habe befassen können, da ihr die Unterlagen erst wenige Tage vor der Kreistagsitzung zugegangen seien. SPD und CDU hingegen bekannten sich vorbehaltlos zu der Notwendigkeit der Förderung dieses Gaststättenbaues. Die Sprecher beider Fraktionen wiesen mit Nachdruck darauf hin, daß — wenn schon die Stadt Ludwigshafen leider kein Interesse an diesem Projekt bekunde — zumindest der Landkreis am Bau einer

legen. Da sich der Anbau eines weiteren mehrgeschossigen Trakts an das Landratsamt nicht als zweckmäßig erweist und man sich vor allem auch zeitlich in einem gewissen Druck befindet, würden der Kauf oder die Miete einer Etage in einem Ecke Wrede- und Berliner Straße entstehenden Gebäude in Erwägung gezogen. Der Kauf würde sich bei 220 Quadratmeter nutzbarer Fläche auf 170 000 Mark belaufen, während für den Fall der Miete jährlich 16 000 Mark zu entrichten wären. Der Kreisausschuß wird deshalb die Frage Kauf oder Pachtverhältnis in einem „Lokaltermin“ nochmals einer eingehenden Prüfung unterziehen.

Eine längere Diskussion entspann sich auch über die Frage der Aufstufung der Straße zwischen Iggelheim und Hanhofen zur Kreisstraße. Sie liegt mit einer Länge von 4,3 Kilometer im Gebiet des Landkreises Ludwigshafen, mit 1,4 Kilometer im Landkreis Speyer. Kreistagsmitglied Kraushaar (CDU) verwies darauf, daß der Ausbau dieser Straße für den Kreis zu einem Millionen-Projekt werden würde, zumal es sich bei dem größten Teil der Strecke um eine Art Feld- und Waldweg handle, während Kreistagsmitglied Keller (CDU) vorschlug, der Gemeinde Iggelheim zu empfehlen, zunächst einmal die Anerkennung als Gemeindeverbindungsstraße zu beantragen.

Dieser Anregung stimmte der Kreistag mit der Maßgabe zu, daß sich der Kreisausschuß diese Straße demnächst einmal ansehen werde. Ergänzend hierzu bemerkte

Landrat Dr. Scherer, daß eine Aufstockung zur Kreisstraße ohnehin nur dann sinnvoll sei, wenn auch der Kreis Speyer den gleichen Beschluß fasse. Augenblicklich bestehe dazu im dortigen Kreistag jedoch keinerlei Geneigtheit, da es an den erforderlichen Mitteln fehle.

Schließlich fand auch das Problem der Landwirtschaftlichen Berufsschule des Landkreises Ludwigshafen eine befriedigende Erledigung, indem man den Beschluß faßte, diese Schule aufzulösen. Noch im Vorjahr hatte man beschlossen, ein neues Gebäude für diese Schule zu bauen, doch wurde mittlerweile von der Regierung auf Grund von Erfahrungen in ausgesprochen landwirtschaftlich orientierten Kreisen empfohlen, davon Abstand zu nehmen. Erleichtert wurde dem Kreistag der Beschluß zur Auflösung dieser „ländlichen“ Berufsschulklassen durch die Bereitschaft der Stadt Ludwigshafen, die Berufsschüler und -schülerinnen aus dem Landkreis in die städtische Berufsschule einzugliedern. Dabei sollen die Landwirtschaftsschüler der Stadt und des Kreises zusammengefaßt und von Frankenthal aus unterrichtet werden, da — auf die weitere Zukunft gesehen — nur dort noch eine Lehrkraft für den Sektor der Landwirtschaft vorhanden sein wird.

Als Vertreter und Stellvertreter für den Verwaltungsausschuß beim Arbeitsamt Ludwigshafen wurden Landrat Dr. Scherer und Kreisdeputierter Balzner durch den Kreistag bestätigt. Bei der Bildung eines Ausschusses mit in sozialer Hinsicht erfahrenen Personen, die in Angelegenheiten der Kriegsopfersorge beratend fungieren sollen, einigte man sich auf VdK-Kreisgeschäftsführer Lenhard, Karl Zipf (Hochdorf), Elfriede Keller (Fußgönheim) und Franz Zehfuß (Iggelheim) als VdK-Vertreter, während der „Reichsbund“ durch Richard Mayer aus Limburgerhof und der Bund der Hirnverletzten durch Richard Blanz aus Dahnstadt vertreten werden.